

Vom Wert der Erinnerung

In der letzten Ausgabe der h/z berichtete Max Lill vom repressiven Vorgehen der Polizei gegen die Proteste des „Blockupy Frankfurt“-Bündnisses. Wie angekündigt, folgt nun eine politische Einschätzung: Die Auseinandersetzungen um die europäische Schuldenkrise werden in langfristige Entwicklungen der sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren eingeordnet und die Frage nach dem Verhältnis zu den Gewerkschaften wird gestellt.

Als sich Mitte Mai diesen Jahres über 25.000 Menschen in Frankfurt versammelten, um gegen die autoritär durchgesetzte neoliberale Krisenpolitik in Europa und die Macht der Banken zu protestieren, war dies den großen Presseorganen selten mehr als eine Randnotiz wert. Die spärliche Berichterstattung beschränkte sich vorwiegend

auf Diskussionen um den offensichtlich unverhältnismäßigen Einsatz der Polizei. Die Frage, wer da eigentlich massenhaft auf der Straße war und weshalb, wurde kaum aufgeworfen. Nur die obligatorischen Schlagworte tauchten hier und da auf: „Occupy“, „Empörte“ und natürlich die nebulösen „99%“.

Dabei gerät eines leicht aus

dem Blick: Die tragenden Akteure der kapitalismuskritischen Bewegungen sind keineswegs so neu und konturlos, wie sie in den Medien meist erscheinen. Auch wenn es viele Menschen gibt, die sich in den Platzbesetzungen und „Asambleas“ zum ersten Mal politisch engagieren und die dabei oft einem sehr individualistischen Verständnis von Basisde-



„Blockupy-Frankfurt“ im Mai 2012

mokratie zuneigen: Es sind doch ganz ähnliche Bündnisse und politische Strategien, wie sie schon in den Gipfelprotesten der Globalisierungskritik seit Ende der 1990er Jahre entstanden waren, die nun in Frankfurt einen lang überfälligen Achtungserfolg der Krisenproteste in Deutschland ermöglicht haben.

*Jede soziale
Bewegung lebt auch
von der Erinnerung
an generationenüber-
greifende Kämpfe*

Es ist wichtig, sich das bewusst zu machen. Denn jede soziale Bewegung lebt auch von der Erinnerung an generationenübergreifende Kämpfe, vom Bewusstsein der Kontinuität des Widerstandes. Erst dieses kollektive Gedächtnis ermöglicht die Festigung eines gemeinsam geteilten Selbstbewusstseins. Erst in der längeren Frist können sich Bewegungen über grundlegende Ziele, Interessen und Strategien verständigen, die über die Turbulenzen des Hier und Jetzt hinausweisen.

Es folgt daher zunächst ein kurzer Rückblick, der helfen soll, die aktuellen Krisenproteste politisch und sozial einzuordnen. Daraus ergeben sich einige Schlussfolgerungen, die das Verhältnis zu den Gewerkschaften betreffen.

Wie im Falle von „Blockupy Frankfurt“ umspannten schon die stets fragilen Bündnisse der Globalisierungskritiker_innen nahezu das ganze Spektrum der Linken: In Deutschland und anderen Industrieländern reichte dies von Gewerkschafter_innen und Mitgliedern linker Parteien über professionelle Nichtregierungsorganisationen und Umweltaktivist_innen bis hin zu linksradikalen Gruppen. Das Netzwerk „Attac“ war nur das medial sichtbarste (und teil-

weise intern heftig umstrittene) Aushängeschild der Bewegung. Eine der effektivsten Formen des Aktivismus bestand von Beginn an in Aktionen des zivilen Ungehorsams, speziell friedlichen Massenblockaden.

Diese Bewegung schien in der Bundesrepublik seit Jahren ein Schattendasein zu führen. Ihre letzte große Manifestation waren die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Sommer 2007, also unmittelbar vor Beginn der großen Finanz- und Weltwirtschaftskrise, die den Ausgangspunkt für die aktuelle Schuldenkrise bildete. Die damaligen Blockaden, die für viele junge Aktivist_innen (mich eingeschlossen) zur politisch prägenden Erfahrung wurden, setzten – rückblickend betrachtet – den Schlusspunkt hinter einen langen Bewegungszyklus. Dieser hatte Mitte der 1990er Jahre in den Ländern des globalen Südens begonnen, etwa mit dem Widerstand der Zapatistas im mexikanischen Chiapas.

Schon damals wendeten sich die Proteste ganz wesentlich gegen eine sozial desaströse Austeritätspolitik, die als Antwort auf Finanz- und Schuldenkrisen ganzen Weltregionen durch die wirtschaftlich führenden Mächte und Institutionen wie den Internationalen Währungsfond aufgezwungen wurden. Mit den Massenprotesten gegen den WTO-Gipfel in Seattle 1999 und den G8-Gipfel in Genua 2001, der von einem unfassbaren Ausmaß an Polizeigewalt überschattet war, trat diese globale Sammlungsbewegung gegen die zerstörerischen Auswirkungen der neoliberalen Politik ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit.

Paradoxerweise erlebte die globalisierungskritische Bewegung ihren Zenit also auf dem Höhepunkt der neoliberalen Hegemonie. Während in Lateinamerika mit dem Widerstand gegen die Strukturanpassungs-

programme, etwa nach der Schuldenkrise in Argentinien 2001, eine Tendenzwende nach links einsetzte, war es in Europa die Zeit des Einschwenkens der damals politisch dominierenden sozialdemokratischen Parteien auf eine Strategie des „Dritten Weges“. Diese nahm in Deutschland mit der „Agenda 2010“ besonders rigorose Formen an: Deregulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte, Ausbau des prekären Niedriglohnsektors, Steuerersenkungen für Unternehmen und Vermögende, Privatisierung öffentlicher Dienste und die Einführung einer äußerst repressiven Arbeitslosenverwaltung („Hartz IV“). Auf europäischer Ebene entsprach dem die „Lissabon Strategie“ zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit – u.a. durch eine intensiviertere nationale Standortkonkurrenz innerhalb des neu geschaffenen Euro-Raumes, aber z.B. auch durch Bildungsreformen, die letztlich auf eine umfassende Ökonomi-

*Paradoxerweise erlebte
die globalisierungskritische
Bewegung ihren Zenit also
auf dem Höhepunkt der
neoliberalen Hegemonie*

sierung, vor allem der Universitäten, hinausliefen.

Mit diesen fatalen politischen Weichenstellungen verlor die Bewegung besonders in den Ländern des Nordens nach und nach an Boden. Seit Beginn des „Krieges gegen den Terror“, der den spekulations- und schuldengetriebenen Aufschwung ab 2002 begleitete, differenzierte sie sich wieder stärker in thematisch und politisch heterogene Einzelkampagnen und Gruppen aus. Eine nennenswerte parlamentarische Repräsentation erreichte sie in Deutschland zu keinem Zeitpunkt, auch nicht mit der späteren Herausbildung der Linkspartei.

Mit der Durchsetzung der neoliberalen „Reformen“ erlebten neben den Gewerkschaften auch die Globalisierungskritiker innen eine historisch einschneidende Niederlage, die bis heute nachwirkt. Nicht nur die öffentliche Resonanz, sondern auch das Mobilisierungsniveau nahm seither ab.

Kein Wunder, schließlich verschlechterten sich die Bedingungen für eine Aufrechterhaltung des sehr zeitintensiven Aktivismus mit den Arbeitsmarkt- und Bildungsreformen massiv: Die Prekarisierung, Entgrenzung und Intensivierung der Arbeit in den Betrieben, Universitäten und Schulen schlug gerade in jenen jungen Milieus mit voller Wucht auf die Lebenswelten durch, aus deren Reihen sich die Bewegung zu einem großen Teil rekrutiert. Aus soziologischen Untersuchungen wissen wir, dass die jungen Aktivist innen nicht nur zu erheblichen Teilen Studierende sind. Sie orientieren sich auch überdurchschnittlich häufig auf qualifizierte soziale und kulturelle Dienstleistungsberufe. Viele arbeiten im Bereich der hoch prekären (und gewerkschaftlich unterrepräsentierten) außerschulischen Bildungsarbeit. Hier liegt insofern ein wenig erschlossenes Wachstumspotential für die Gewerkschaften, gerade die GEW. Unterschiedliche politische Kulturen und eine weit verbreitete Skepsis gegenüber großen Organisationen und Hierarchien erschweren allerdings die durchaus vorhandenen Annäherungsprozesse.

Das grandiose Scheitern der Strategie einer Entfesselung der Märkte, das sich in der aktuellen Krise offenbart, ruft viele Akteure der Globalisierungskritik nun, aller Prekarität zum Trotz, wieder auf den Plan. Vor allem rücken die Sozialproteste wieder ins Zentrum der Bewegungen. Deutschland – der vermeintliche „Krisengewinner“ und neoliberale Hardliner – ist dabei im eu-

ropäischen Vergleich ein Nachzügler. Das Jahr 2011 markierte den Beginn einer internationalen Protestwelle, deren Ausläufer nun endlich auch in Deutschland anzukommen scheinen. Ihre nationalen Anlässe und Bedingungen sind zwar höchst unterschiedlich. Die Proteste

*Zwei noch ältere
historische Referenzen.
Die eine heißt „1968“,
die andere ist die
Arbeiterbewegung*

reagieren aber ganz überwiegend auf soziale Auswirkungen der Krise und der Kürzungsprogramme und sie beginnen (wieder), sich verstärkt international zu vernetzen. Das gilt nicht nur für jene Mobilisierungen, die in den Medien als „Bankenprotest“ firmieren, sondern z.B. auch für die weltweit entstandenen, aber an lokalen Problemen, wie steigenden Mieten, Wohnungsnot und fehlender sozialer Infrastruktur ansetzenden „Recht auf Stadt“-Bewegungen (in der BRD besonders prominent im Falle Hamburgs).

Im Umfeld dieser Bewegungen haben zwei noch ältere historische Referenzen als die Globalisierungskritik wieder Konjunktur: Die eine heißt „1968“, die andere – etwas schwächere – ist die Arbeiterbewegung. Das hat nicht nur mit Revolutionsromantik zu tun, sondern auch mit einer wichtigen Erkenntnis: Die aktuelle Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise wird zunehmend als Kulminationspunkt einer viel tiefer greifenden Krise verstanden, die am Übergang zu den 1970er Jahren ihren Ausgang nahm. An ihrem Anfang standen nicht nur wirtschaftliche Stagnationstendenzen, sondern auch Versuche, die Kluft zwischen anti-autoritärer Neuer Linker und Arbeiterbewegung zu überbrücken – nicht zuletzt innerhalb

der Gewerkschaften.

Das weitgehende Scheitern dieser Versuche manifestierte sich einerseits in der Einbindung der Mehrheitsströmung der Gewerkschaften in die Politik der Regierung Schmidt, die sich ab 1974 schrittweise von der sozialen Reformagenda und den Demokratisierungsbemühungen der Brandt-Ära verabschiedete. Spiegelbildlich hierzu stand der Rückzug großer Teile der Neuen Linken in die Orthodoxie der K-Gruppen oder in spontaneistische, ökologische und „autonome“ Gegenkulturen mit ihrer zunehmenden Radikalisierung einer anti-institutionellen Politik der Lebenswelt und der persönlichen Beziehungen. Erst diese tiefen Brüche innerhalb der Linken ermöglichten den langfristigen Siegeszug des Neoliberalismus, der am Übergang zu den 1980er begann.

Die Globalisierungskritik war nicht zuletzt Ausdruck einer zaghaften Wiederannäherung zwischen Teilen der Gewerkschaften und Gruppen, die in der Tradition der Neuen Sozialen Bewegungen standen. Vielleicht ist es an der Zeit, einen neuerlichen Versuch zur Überbrückung der damals aufgebrochenen Kluft zu wagen.

Während das 2009 gebildete Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ schnell im Sande verlief, könnte mit dem Erfolg der Frankfurter Proteste nun auch in Deutschland eine neue Chance entstanden sein, die Kräfte der hoch fragmentierten Linken schrittweise stärker zu bündeln. Damit böte sich nicht nur für die Partei DIE LINKE mit ihrem neuen, bewegungsnahen Führungsduo eine (womöglich letzte) Gelegenheit, der erneuten Schrumpfung auf den Status einer ostdeutschen Regionalpartei zu entgehen. Vielleicht noch wichtiger könnte mittelfristig der Beitrag der Gewerkschaften werden, die in zahlreichen europäischen Nachbarländern



Der Gründungsmythos der globalisierungskritischen Bewegung: Die Blockade der WTO-Konferenz 1999, als „Battle in Seattle“ inzwischen sogar von Hollywood verfilmt.

längst in viel stärkerem Maße Teil der Krisenprotestbewegungen sind.

Dafür müsste allerdings das politische Mandat der Gewerkschaften und die Autonomie gegenüber den herrschenden Parteien, speziell der Sozialdemokratie, wieder offensiver formuliert werden. Der Kampf gegen Prekarisierung, Niedriglöhne und die Zerstörung öffentlicher Dienste müsste konsequent in den Mittelpunkt gerückt und im Rahmen einer breiten Basisaktivierungs- und Bildungskampagne in den Kontext der aktuellen Krisenprozesse gestellt werden. Die zurückliegenden Tarifkämpfe von ver.di und IG Metall, mit ihrer starken Streikbeteiligung gerade in den unteren Lohngruppen – z.B. bei Erzieher_innen –, ließen hierfür wichtige Ansatzpunkte erkennen. Die Preisgabe der Forderungen nach einer Sockelaufstockung bei Niedriglöhnen im Fall von ver.di und einer Eindämmung der Leiharbeit im

Fall der IG Metall, ist daher besonders bedauerlich.

Aber auch hier bleibt die längere Frist entscheidend. Und da stehen die Zeichen auf wachsende Unruhe. Eine weitere Verschärfung der Krise in Europa und damit auch deren Rückkehr nach Deutschland sind sehr

*Beim nächsten
Konjunktureenbruch dürfte
es keine vergleichbaren
Spielräume für krisen-
korporatistische
Kompromisse geben, wie
noch im Jahr 2009*

wahrscheinliche Perspektiven. Beim nächsten Konjunktureenbruch dürfte es keine vergleichbaren Spielräume für krisenkorporatistische Kompromisse geben, wie noch im Jahr 2009 (Kurzarbeitergeld, Konjunkturprogramme etc.). Dem steht die

Aushebelung politischer Gestaltungsspielräume infolge von Schuldenbremse, Fiskalpakt und autoritärer europäischer Wirtschaftssteuerung entgegen – alles mit voller Unterstützung der SPD, deren potentielle Kanzlerkandidaten sich ungebrochen zur Agenda-Politik bekennen. Der Druck zugunsten einer Neuorientierung dürfte daher auch innerhalb der Gewerkschaften zunehmen. Nachdem die LINKE sich (wenigstens in weiten Teilen Westdeutschlands) vorläufig blamiert hat und gewerkschaftliche Positionen dort innerparteilich geschwächt worden sind, wäre eine engere Kooperation mit den Bewegungsakteuren in der Nachfolge der Globalisierungskritik eine für beide Seiten vielversprechende Option.

MAX LILL

hlz-Redaktionsassistent
Er forscht als Soziologe an der
Humboldt-Universität Berlin über den
Wandel im Bankensektor